

Rieke, Wolfgang

Article

Jahrestagung von IWF und Weltbank 1986

Kredit und Kapital

Provided in Cooperation with:

Duncker & Humblot, Berlin

Suggested Citation: Rieke, Wolfgang (1986) : Jahrestagung von IWF und Weltbank 1986, Kredit und Kapital, ISSN 0023-4591, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 19, Iss. 4, pp. 583-593, <https://doi.org/10.3790/ccm.19.4.583>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/293071>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Jahrestagung von IWF und Weltbank 1986

Von Wolfgang Rieke, Frankfurt

I.

Die gemeinsame Jahrestagung der Gouverneursräte des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (IBRD) fand vom 30. September bis 3. Oktober 1986 in Washington statt. Die Diskussionen wurden von zwei Themen beherrscht, nämlich

- dem Bemühen um bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik unter den großen Industrieländern auf die Erfordernisse ausreichenden Wachstums der Weltwirtschaft und des Abbaus der weiterhin bestehenden großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte;
- der Weiterbehandlung der Zahlungsprobleme zahlreicher hochverschuldeter Länder im Rahmen der in Seoul vor einem Jahr lancierten „*Baker-Initiative*“.

Beide Themen stehen in engem Zusammenhang. Denn nur in einem Klima ausreichenden Wachstums der Weltwirtschaft können auch Fortschritte in der Auseinandersetzung mit den Zahlungsproblemen der hochverschuldeten Länder erwartet werden. Die vom amerikanischen Finanzminister *Baker* vorgeschlagene und in Seoul von den Vertretern der übrigen Industrieländer, der Entwicklungsländer und der großen Gläubigerbanken durchweg begrüßte Initiative stand unter der Überschrift „Programm für anhaltendes Wachstum“ („Program for sustainable growth“). Sie erkannte ausdrücklich an, daß Fortschritte bei der Überwindung der durch hohe äußere Verschuldung aufgeworfenen Probleme nur vorstellbar sind, wenn das weltwirtschaftliche Umfeld wie auch die eigenen Anstrengungen der betroffenen Länder gute Voraussetzungen für eine von wirtschaftlichem Wachstum getragene Rückgewinnung der Zahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit an den Finanzmärkten bieten.

Daneben beschäftigten die Gouverneure eine Reihe von Fragen, die überwiegend auch in den Jahren davor Gesprächsthemen waren und zum Teil neue Entscheidungen verlangten. Dazu zählen

- die Rolle von IWF und Weltbank und ihr Zusammenwirken bei der Auseinandersetzung mit den Problemen weltwirtschaftlichen Wachstums und der Verschuldung;
- die Verlängerung des sogenannten „Erweiterten Zugangs“ zu den Mitteln des IWF für ein weiteres Jahr;
- die Funktion der Sonderziehungsrechte (SZR) im Internationalen Währungssystem und die Frage neuer SZR-Zuteilungen;
- die achte Aufstockungsrunde der Internationalen Entwicklungsagentur (IDA).

Die während der Jahrestagung unter Einschaltung des IWF weitergeführten Verhandlungen zwischen Mexiko und seinen Gläubigerbanken waren naturgemäß ein besonders heiß diskutiertes Thema, zumal die vom IWF gesetzte Einigungsfrist bis zum 30. September bemessen war. Dem Zustandekommen des Mexiko-Pakets kam um so größere Bedeutung zu, als darin vielfach ein erster Testfall der ‚Baker-Initiative‘ gesehen wurde. Andere hochverschuldete Länder nahmen die getroffenen Regelungen zum Anlaß, ähnliche Zugeständnisse von IWF, Weltbank und Gläubigerbanken zu verlangen wie sie Mexiko zugestanden worden waren.

Für ausreichenden Gesprächsstoff unter den Offiziellen wie auch den wie immer zahlreichen ‚fellow travellers‘ sorgte überdies die kurz vor der Jahresversammlung bekanntgegebene Absicht des Geschäftsführenden Direktors des IWF, *Jacques de Larosière*, zum Jahresende seine Amtszeit zu beenden.

II.

Nach den Eingangsfeststellungen *de Larosières* wurde die weltwirtschaftliche Situation seit der letzten Jahresversammlung von mehreren gewichtigen Entwicklungen betroffen:

- Dem scharfen Rückgang der Energiepreise,
- der weiteren Erosion der Preise einer großen Anzahl von Rohstoffen,
- dem Rückgang der internationalen Zinssätze und
- den erheblichen Verschiebungen der Wechselkursrelationen zwischen den Währungen der wichtigsten Länder.

Dies hat die wirtschaftlichen Perspektiven aller Länder verändert. Eingen bescherte es günstigere mittelfristige Aussichten für Wachstum und Preisstabilität, andere – besonders die ölexportierenden Entwicklungslän-

der – wurden davon nachteilig betroffen. In einigen Fällen war der Verlust an Ausfuhrerlösen und Haushaltsmitteln so groß, daß er einschneidende Korrekturen in den Anpassungs- und Finanzierungsprogrammen unausweichlich machte.

Mit Blick auf die Industrieländer stellte *de Larosière* fest, die vielfach gehegte Erwartung, niedrigere Ölpreise und Zinsen würden die wirtschaftliche Aktivität mit nur kurzer Verzögerung spürbar stimulieren, habe sich nicht bestätigt. Zwar gebe es bereits Anzeichen hierfür, aber der Hauptstoß lasse noch auf sich warten. Kurzfristig hätten die negativen Auswirkungen auf die Ausgabenentscheidungen in den Herstellerländern von Erdöl und anderen Rohstoffen überwogen. Die positiven Wirkungen dürften im Jahr 1987 zunehmend deutlicher spürbar werden.

Ohne die in der gegenwärtigen Situation liegenden Risiken unterschätzen zu wollen, hielt *de Larosière* dies für keinen Grund, die Lage pessimistisch zu sehen und die Gefahr einer Rezession heraufzubeschwören. Frühere zyklische Abschwünge seien typischerweise eingetreten, weil inflationärer Druck eine restriktive Geldpolitik auslöste. Insofern unterscheide sich der jetzige Aufschwung deutlich von früheren. Das Wachstum sei moderat, die Inflation bleibe unter Kontrolle, und die Geldpolitik sehe sich in der Lage, ein angemessenes Wachstum der nominalen Nachfrage zuzulassen. Für einen bevorstehenden Einbruch im gegenwärtigen Konjunkturzyklus bestünden deshalb kaum Anzeichen.

Die derzeit in den Industrieländern verfolgte wirtschaftspolitische Strategie erklärte *de Larosière* ausdrücklich für weiterhin angemessen. Sie habe erreicht, daß die Inflationsraten in den Industrieländern heute niedriger sind als zu irgendeiner Zeit in den letzten 20 Jahren. Die für den Schuldendienst der hochverschuldeten Entwicklungsländer so bedeutsamen internationalen Zinssätze sind seit dem Ausbruch der Schuldenkrise 1982 um mehr als sechs Prozentpunkte gefallen. Die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung von Preisen, Lohnkosten und Unternehmensgewinnen hätten sich grundlegend gebessert. Nicht zuletzt sei der anhaltende Anstieg der Staatsdefizite in den sieben wichtigsten Industrieländern zusammengenommen zum Stehen gebracht worden. Gerade in diesem Punkt sind aber nach Meinung *de Larosières* die Fortschritte sehr unterschiedlich; ja in den Vereinigten Staaten sind die Defizite erheblich gewachsen, was zu der deutlich divergierenden Entwicklung der Zahlungsbilanzen beigetragen habe. Die europäischen Länder hätten beim Abbau struktureller Starrheiten nur partielle Erfolge erzielt, was den Abbau der Arbeitslosigkeit erheblich erschwere. Und Japan habe den Aufbau großer Leistungsbilanzüberschüsse zugelassen. In allen diesen Bereichen erklärte *de Larosière* weitere Anstren-

gungen für unabdingbar, wenn günstige Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und den Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte – beides auch im Interesse der Entwicklungsländer – geschaffen werden sollen.

III.

Mit Blick auf die Entwicklungsländer meinte *de Larosière*, die Tatsache, daß die Schuldenprobleme auch vier Jahre nach Ausbruch der Krise im Jahre 1982 noch nicht gelöst seien, sollte nicht dazu veranlassen, das in der Zwischenzeit Erreichte gering zu schätzen. Die hochverschuldeten Länder hätten ihre Leistungsbilanzdefizite von durchschnittlich 18 v.H. ihrer Ausfuhren in den Jahren 1981 - 82 auf nur noch 5 v.H. 1985 - 86 abbauen können. Dem lägen erhebliche Anpassungsanstrengungen zugrunde: Staatsdefizite wurden verringert, Wechselkurse auf die Wettbewerbsanforderungen ausgerichtet, heimische Zinssätze in vielen Fällen auf ein realistisches Niveau angehoben. Länder, die wie Argentinien und Brasilien lange „mit der Inflation gelebt“ hätten, nähmen nun von Indexierungspraktiken der Vergangenheit Abschied, führten Währungsreformen durch und sagten der Inflation den Kampf an. Dennoch seien zahlreiche Entwicklungsländer weit davon entfernt, wieder normalen Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten zu haben. Die Schulden-/Ausfuhr-Relationen hätten sich in den vergangenen beiden Jahren wegen abnehmender Ausfuhrpreise eher wieder verschlechtert und seien höher als 1982.

Zu besonderer Sorge gebe die Tatsache Anlaß, daß das Prokopfeinkommen in den Entwicklungsländern nach realen Zuwachsraten von durchschnittlich 3 v.H. p.a. in den 60er und 70er Jahren derzeit kaum höher liege als 1980. Hinter diesen Globalzahlen verbergen sich erhebliche Unterschiede von Region zu Region und von Land zu Land: Während in Asien das Prokopfeinkommen seit 1980 real um ein Fünftel gestiegen sei, hätten die Länder Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas erhebliche Einbußen hinnehmen müssen.

Bei der Auseinandersetzung mit ihren Problemen müßten die Entwicklungsländer nach Meinung *de Larosières* die von der weltwirtschaftlichen Entwicklung auf sie einwirkenden Einflüsse, insbesondere was die Entwicklung der Rohstoffpreise angeht, realistisch einschätzen. Konkret bedeute dies, daß eine Rückkehr zur Situation der 60er und 70er Jahre, als das wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern durch Kreditaufnahme und Einfuhr vorangetrieben werden konnte, keine denkbare Option für die voraussehbare Zukunft sei. Wirtschaftliches Wachstum

müsse stärker auf Investitionen und Ressourceneinsatz ausgerichtet werden, die aus eigenen Ersparnissen finanziert werden. Darin sieht *de Larosière* freilich keinen Grund dafür, daß die Entwicklungsländer der weltwirtschaftlichen Integration und den daraus für sie erwachsenden Vorteilen entsagen müßten.

Realistische Wechselkurse müßten die Wettbewerbsfähigkeit nach draußen und den wirksamen Einsatz knapper Währungsreserven sicherstellen; positive Realzinsen müßten der privaten Ersparnis ausreichende Anreize bieten; staatliche Defizite sollten keinen übermäßigen Teil der privaten Ersparnis beanspruchen; Lohnanpassungen müßten in vernünftiger Relation zur Entwicklung der Arbeitsproduktivität bleiben; das Steuersystem müsse Leistung, Ersparnis und Investitionsbereitschaft belohnen; staatliche Unternehmen müßten gestrafft werden; und – vor allem anderen – müsse ein Umfeld allgemeiner finanzieller Stabilität aufrechterhalten werden.

So könne die Abhängigkeit von äußerer Finanzierung verringert, das Vertrauen der eigenen Bevölkerung in den Wert von Ersparnis und Investition wieder hergestellt und damit zugleich ein Beitrag zur Rückkehr von Kapitalfluchtgeldern geschaffen werden. IWF und Weltbank könnten den Entwicklungsländern bei der Wahl richtiger Politik helfen; letztlich läge diese Wahl aber bei ihnen selbst.

IV.

In ihren Reden vor der Jahresversammlung – ebenso wie in der vorangegangenen Sitzung des Interimsausschusses – stimmten die Gouverneure der Industrieländer der Einschätzung der Weltwirtschaftslage durch den IWF im wesentlichen zu. Bundesfinanzminister *Stoltenberg* unterstrich, wie wichtig eine glaubwürdige, berechenbare und klar umrissene mittelfristige Orientierung der Wirtschaftspolitik für den Wachstumsprozeß sei und stimmte mit dem britischen Schatzkanzler in der Ablehnung wirtschaftspolitischen „fine tuning“ überein, das in der Vergangenheit – wie auch *de Larosière* feststellte – zur Instabilität beigetragen habe.

Das besondere Augenmerk widmeten die Gouverneure naturgemäß den großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen ihren Ländern und dem Beitrag, den die seit März 1985 eingetretenen Wechselkursverschiebungen zu deren Abbau zu leisten versprechen. Der amerikanische Finanzminister *Baker* bezeichnete es als Herausforderung, diese Ungleichgewichte auf eine Weise zu korrigieren, die eine wachsende Weltwirtschaft unterstütze und den hochverschuldeten Ländern bei der Bewältigung ihrer Probleme helfe. Die bereits eingetretenen Wechselkursverschiebungen zwi-

schen den Schlüsselwährungen würden nach seiner Meinung eine gleichgewichtigere Außenhandelsstruktur herbeiführen helfen; doch sollten die Wechselkurse nicht das alleinige Anpassungsinstrument sein. Der besseren Abstimmung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder auf die Erfordernisse außenwirtschaftlichen Gleichgewichts unter den großen Ländern und ausreichenden weltwirtschaftlichen Wachstums gelte deshalb – wie zuletzt auf dem Tokio-Gipfel beschlossen – das besondere Augenmerk. Der amerikanische Finanzminister ließ in seinen Ausführungen vor der Jahresversammlung durchklingen, daß die ersten Koordinierungsbemühungen auf der Basis gemeinsamer Prüfung der nationalen wirtschaftlichen Zielvorstellungen und Vorausschätzungen und unter Heranziehung bestimmter wirtschaftlicher Indikatoren im Kreise der großen Industrieländer noch keine volle Übereinstimmung brachten. Die Tatsache allein, daß man einige der schwierigsten Aspekte der Wirtschaftspolitik einzelner Länder offen diskutiere, mache es praktisch unausweichlich, daß man zu gewissen Zeiten unterschiedlicher Meinung sei.

Die Finanzminister der großen Industrieländer hatten sich im Kreise der G 5 und G 7 am 27. September getroffen und festgestellt, daß die derzeitigen Leistungsbilanzungleichgewichte nicht auf Dauer weiterbestehen können. Sie bekräftigten die Zielrichtung der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern, die mit gesunder Geldpolitik, dem Abbau struktureller Starrheiten und der Vermeidung protektionistischer Tendenzen dienen muß.

Bundesfinanzminister *Stoltenberg* erklärte die in Gang gekommene multilaterale Überwachung unter den großen Industrieländern nur in dem Maße für wirksam wie der politische Wille dafür vorhanden sei. Der systematischere Einsatz wirtschaftlicher Indikatoren könne hilfreich sein, allerdings nur als zusätzliches Hilfsmittel, nicht aber als mechanischer Auslöser wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Er befand sich damit in voller Übereinstimmung mit *de Larosière*, der sich vom Rückgriff auf solche Indikatoren Unterstützung bei dem Versuch versprach, die Politik einzelner Regierungen in miteinander vereinbare und gegenseitig vorteilhafte Richtungen zu beeinflussen. Der französische Notenbankgouverneur *Camdessus* unterstützte in seiner Ansprache den neuen Anlauf internationaler wirtschaftlicher Kooperation und Koordinierung und die Verwendung wirtschaftlicher Indikatoren, wobei das Hauptaugenmerk auf den Wechselkursen, Zinsen und Zahlungsbilanzen liegen müsse. Er wollte sich damit aber nicht zufrieden geben und verlangte konkrete Prozeduren einschließlich automatischer Mechanismen, Zwängen und eines Schiedsrichters mit dem Ziel, das internationale Währungssystem auf eine solide Basis zu stellen. Für die Entwicklungsländer forderte der Wirtschaftsminister Argentiniens, *Sourrouille*,

ausreichende Berücksichtigung der Interessen dieser Länder bei den Koordinierungsbemühungen der Industrieländer.

Andere Sprecher wiederholten den in einem Bericht der Gruppe der 24 zum Funktionieren des internationalen Währungssystems vor einem Jahr gemachten Vorschlag, „Zielzonen“ für die Wechselkurse wichtiger Währungen einzuführen.

Zu den Problemen der Entwicklungsländer äußerten sich deren Gouverneure sowohl allgemein wie auch unter Bezugnahme auf ihre jeweiligen Schwierigkeiten, die sie zum großen, wenn nicht überwiegenden Teil, den Industrieländern und deren Verantwortung für die Weltwirtschaft anlasteten. Dennoch war der Ton der Auseinandersetzung weniger scharf, als dies angesichts der binnen Jahresfrist eingetretenen und vom Geschäftsführenden Direktor des IWF wie auch vom neuen Weltbankpräsidenten *Barber Conable* dargelegten Entwicklungen befürchtet werden mußte. Wiederholt beklagt wurde der von den Entwicklungsländern behauptete enorme Ressourcentransfer in die Gläubigerländer aufgrund hoher Zins- und Amortisationszahlungen und anhaltender Zurückhaltung der Gläubigerbanken bei der Gewährung von Neukrediten. Dazu habe beigetragen, daß, gemessen an der Entwicklung der Ausfuhrpreise, für Produkte der Entwicklungsländer die Zinssätze seit 1984 erheblich gestiegen seien, wofür die in den Industrieländern verfolgte Wirtschaftspolitik von den Entwicklungsländern verantwortlich gemacht werden müsse. Auch beklagte der Wirtschaftsminister Argentiniens den Rückgriff bestimmter Industrieländer auf die Kapitalmärkte der Welt, wodurch die Rezession in den Schuldnerländern verschärft und die Kapitalflucht gefördert werde.

Die Sprecher der Industrieländer – ebenso wie *de Larosière* – forderten die Entwicklungsländer, besonders die hochverschuldeten Länder unter ihnen, dazu auf, ihre Wirtschaftspolitik an den Erfordernissen der Stabilität auszurichten, notwendige Strukturreformen nicht länger hinauszuschieben und den Marktkräften mehr Spielraum zu geben. Finanzminister *Baker* hob die in den einzelnen Ländern in Gang gesetzten Anpassungen ausdrücklich hervor und suchte andere zu ermutigen, indem er gleichzeitig den IWF aufforderte, bei seinen Anpassungs- und Finanzierungsprogrammen diesen Erfordernissen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. IWF und Weltbank forderte er zugleich auf, den Erfordernissen größerer Direktinvestitionen in Entwicklungsländern Nachdruck zu verleihen. Bundesfinanzminister *Stoltenberg* unterstrich ebenso wie andere Sprecher die Richtigkeit des „case by case“-Vorgehens in der Auseinandersetzung mit den Problemen hochverschuldeter Länder, die durch die neu aufgetretenen Schwierigkeiten aufgrund gesunkener Ölpreise in einigen Fällen nur noch bestätigt worden sei,

weil die Lage dieser Länder sich dadurch noch stärker differenziert habe. Diese Probleme können nach Meinung Stoltenbergs im übrigen nur im Zusammenwirken aller Beteiligten, einschließlich der Gläubigerbanken, angegangen werden.

Die Gouverneure von Industrieländern wie Entwicklungsländern äußerten übereinstimmend Besorgnis über die erneut gewachsene und von allen gleichermaßen ernstzunehmende Gefahr des Protektionismus.

De Larosière sah im wachsenden protektionistischen Druck die größte Gefährdung des internationalen Wirtschafts- und Finanzsystems. Ebenso wie nachfolgende Redner begrüßte er die Deklaration von *Punta del Este*, mit der eine neue Runde multilateraler Handelserleichterungen eingeleitet wurde, die schwierige Bereiche wie Landwirtschaft und Dienstleistungen mit einbezieht. Finanzminister *Baker* erklärte ausdrücklich die Verantwortung der Vereinigten Staaten, in diesem Bereich das ihre zu tun, nachdem bereits Präsident *Reagan* in seiner Einführungsrede ein Bekenntnis zu offenen Märkten abgelegt hatte.

V.

Die Rolle von IWF und Weltbank wurde von den Gouverneuren bei der Behandlung der Weltwirtschaftslage und der Entwicklungsländerprobleme wie auch gesondert angesprochen, wobei die Entwicklungsländer, unterstützt von einigen Industrieländern, die Notwendigkeit verstärkter Mittelausstattung von IWF und Bank besonders hervorhoben. Die wichtigsten Aussagen dazu finden sich im Kommuniqué des IWF-Interimsausschusses, der bereits am 28./29. September 1986 zu seiner 27. Sitzung zusammengekommen war. In Fortsetzung seiner Erörterungen über das Funktionieren des internationalen Währungssystems galt das besondere Augenmerk auch im Interimsausschuß dem Einsatz bestimmter wirtschaftlicher Indikatoren bei der multilateralen Überwachung und der potentiellen Rolle des Sonderziehungsrechts. Nach übereinstimmender Meinung des Ausschusses sollte ein Anwendungsgebiet für Indikatoren die Wechselwirkungen zwischen den Volkswirtschaften sein, insbesondere Entwicklungen, welche die Durchhaltbarkeit von Zahlungsbilanzpositionen und die ihnen zugrundeliegenden Politiken betreffen. Der Rückgriff auf bestimmte Indikatoren bei der Erstellung des „Weltwirtschaftsberichts“ (World Economic Outlook) durch den IWF wurde aufgrund der ersten Erfahrungen damit ausdrücklich gutgeheißen.

Zur Rolle des Sonderziehungsrechts als internationales Reserveinstrument bekräftigte der Ausschuß, nachdem er von eingehenden Erörterungen

bestimmter Aspekte der SZR-Verwendung in der Vergangenheit Kenntnis genommen hatte, den Nutzen dieses Instruments als Komponente der Weltwährungsreserven und als Rechnungseinheit. Er beauftragte das Direktorium des IWF, seine Diskussionen über Vorschläge zur Stärkung der Rolle des SZR fortzusetzen. Er nahm zugleich zur Kenntnis, daß der Geschäftsführende Direktor des IWF bei seinen Konsultationen mit den Mitgliedsländern keine ausreichende Unterstützung für eine Neuzuteilung von SZR gefunden hatte. Er forderte das Direktorium auf, seine Diskussion zum Erfordernis des langfristigen globalen Bedarfs zusätzlicher Währungsreserven im Lichte der Bedingungen fortzusetzen, unter denen das internationale Währungssystem derzeit funktioniert.

Erneut auf der Tagesordnung des Interimsausschusses stand ferner die Frage, ob der „Erweiterte Zugang zu den Mitteln des Fonds“ für ein weiteres Jahr verlängert werden sollte und wenn ja, welche Obergrenzen für seine Inanspruchnahme gelten sollten. Angesichts der bestehenden Unsicherheiten und der großen Zahlungsbilanzschwierigkeiten einiger Länder hielt der Ausschuß eine Fortsetzung des „Erweiterten Zugangs“ bei unveränderten Obergrenzen für gerechtfertigt, zumal die Liquiditätslage des IWF weiterhin befriedigend sei. Der Ausschuß begrüßte das Angebot Japans, die Mittel des IWF durch einen 3 Mrd. SZR-Kredit zu stärken.

Vom Interimsausschuß wie auch vom gemeinsamen Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank und in den Gouverneursreden wurde die verstärkte Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank, insbesondere im Hinblick auf die Probleme der hochverschuldeten Länder, begrüßt.

VI.

Wenige Monate nach seinem Amtsantritt als Nachfolger von *Tom Clausen* als Weltbankpräsident stellte sich *Barber Conable* den Gouverneuren mit einem Programm vor, in dem er die wirtschaftliche Entwicklung als Hauptaufgabe der Weltbank betonte; sie sei nicht so sehr ein Institut für das Schuldenmanagement. Bei ihren Ausleihungen müsse die Weltbank einen sorgfältig überlegten „mix“ von Investitions- und Anpassungskrediten beibehalten, die sich gegenseitig ergänzen. In seinen Schlußbemerkungen stellte Conable starke Unterstützung seitens der Gouverneure für eine rechtzeitige Kapitalaufstockung der Weltbank fest, um sicherzustellen, daß die notwendige Expansion des Ausleiheprogramms nicht gefährdet werde. Der amerikanische Finanzminister hatte in seiner Gouverneursrede hierzu nicht noch einmal ausdrücklich Stellung genommen, nachdem er zuvor die Notwendigkeit einer baldigen Kapitalaufstockung wiederholt in Frage

gestellt hatte. Der gemeinsame Entwicklungsausschuß von IWF und Weltbank erklärte eine erhebliche allgemeine Kapitalerhöhung für erforderlich, sofern die Ausleihungen sich wie erwartet entwickeln.

Zusammenfassung

Jahrestagung von IWF und Weltbank 1986

Die gemeinsame Jahrestagung der Gouverneursräte des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank fand vom 30. September bis 3. Oktober 1986 in Washington statt. Beherrschende Themen dieser in insgesamt konstruktiver Atmosphäre verlaufenden Konferenz waren die weltwirtschaftliche Lage und die zur Sicherung eines befriedigenden Wirtschaftswachstums und des Abbaus bestehender Ungleichgewichte erforderlichen Wirtschaftspolitiken, die Erörterung der internationalen Verschuldungslage sowie (die bereits im Vorjahr andiskutierten) Vorschläge zu einer verbesserten Funktionsweise des internationalen Währungssystems.

In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auch der Nutzen, aber auch die Grenzen von wirtschaftlichen Indikatoren bei den Bemühungen um eine verbesserte Abstimmung der Wirtschaftspolitiken der wichtigsten Länder erörtert. Man war darin weitgehend einig, daß Indikatoren ein nützliches Hilfsmittel sein können, das fortentwickelt werden sollte. Gleichzeitig wurden jedoch auch die Grenzen dieses Instruments hervorgehoben und betont, daß Indikatoren kein mechanischer Auslöser für wirtschaftspolitische Maßnahmen sein dürften.

Die bislang verfolgte, und seit Herbst 1985 im Rahmen der *Baker*-Initiative gestärkte Schuldenstrategie wurde im Grundsatz bekräftigt.

Das Exekutivdirektorium des IWF wurde beauftragt, seine Untersuchungen über die Rolle des Sonderziehungsrechts im Weltwährungssystem fortzuführen. Eine – von mehreren Ländern geforderte – Neuzuteilung von SZR fand keine ausreichende Unterstützung.

Summary

Annual Meeting of IMF and the World Bank 1986

The 1986 joint Annual Meeting of the International Monetary Fund (IMF) and the World Bank was held in Washington from September 30 to October 3, 1986. The main topics at this conference, which was held in a generally constructive spirit, were the world economic situation, the policies necessary to safeguard a satisfactory economic growth and to reduce existing imbalances, the international debt situation as well as the proposals to improve the functioning of the international monetary system.

In this context, the benefits but also the limitations of the use of economic indicators in achieving a better coordination of economic policies of important countries was discussed. There was agreement, that indicators can be a helpful tool, which should be further developed. At the same time, however, the limitations of this instru-

ment were emphasized and it was stressed that indicators must not be used as mechanic triggers for economic policy actions.

The present debt strategy, which has been strengthened since autumn 1985 in the context of the *Baker* Initiative, was generally endorsed.

The Executive Board of the Fund was asked to continue its studies on the role of the Special Drawing Right in the international monetary system. A new allocation of SDR's, which was favored by a number of countries, did not find the required broad support.

Résumé

L'Assemblée annuelle du FMI et de la Banque mondiale 1986

L'Assemblée annuelle des Conseils des gouverneurs du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale s'est tenue à Washington du 30 septembre au 3 octobre 1986. Au cours de cette réunion, qui s'est déroulée une atmosphère très constructive, plusieurs questions ont dominé les débats: la situation économique mondiale, les politiques économiques qui doivent être mises en œuvre pour assurer une croissance économique satisfaisante et permettre une réduction des déséquilibres existants, la discussion des problèmes liés à l'endettement ainsi que les propositions (déjà examinées l'année précédente) visant à améliorer le fonctionnement du système monétaire international.

A cet égard, on a rappelé l'utilité, mais aussi les limites, des indicateurs économiques utilisés dans le cadre des efforts faits pour améliorer la coordination des politiques économiques des principaux pays. La grande majorité des participants sont convenus que les indicateurs peuvent être un auxiliaire utile qui devrait être encore développé. Mais parallèlement, les limites de cet instrument ont été soulignées et on a insisté sur le fait que les indicateurs ne doivent pas servir à déclencher automatiquement la mise en œuvre de mesures de politique économique.

La stratégie en matière d'endettement suivie jusqu'à maintenant et renforcée depuis l'automne 1985 par l'initiative de M. *Baker* a été confirmée dans son principe.

Il a été demandé au Conseil d'administration de poursuivre l'examen du rôle du DTS dans le système monétaire international. Il n'a pas été possible d'obtenir un appui suffisant pour procéder à une allocation de DTS comme l'avaient demandé plusieurs pays.